



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Beitungsregister.

Inhalt: Metz und Danzig. (II.) — Von unseren Brüderverbänden im Auslande. (III.) — Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1912. (II.) — Korrespondenzen (Berlin, Hamburg, Würzen). — Rundschau. — Eingegangene Druckschriften. — Abrechnungen. — Anzeigen.

Beilage: Kassenbericht vom 1. April bis 30. Juni 1913.

Für die Woche vom 13. bis 19. Juli 1913 ist die Beitragsmarke in das mit 29 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

## Metz und Danzig.

### II.

Dem Tarifberatungsausschuß ist nunmehr auch die Behandlung der Hilfsarbeiter-Tariffrage von der Metz Hauptversammlung übertragen worden. Dem Wirten dieses Ausschusses wird von Prinzipalsseite sehr viel Bedeutung beigegeben. Inwieweit hieron die Hilfsarbeitersache profitieren wird, läßt sich im Augenblick nicht erkennen, weil aus den vorliegenden Berichten nicht ersichtlich ist, ob in dieser Beziehung dem Ausschuß bestimmte Richtlinien vorgezeichnet sind. Es wird zwar zum Ausdruck gebracht, daß die Versammlung die prinzipielle Regelung der Hilfsarbeiterfrage für wünschenswert erklärte, um bestehende Schwierigkeiten zu beseitigen, aber ob diese Regelung im Sinne der Tarifförderung oder deren Gegenteil erfolgen soll, davon wird nichts gesagt. Man könnte ja nach den bisher gemachten Erfahrungen sehr leicht zu der Annahme neigen, daß diese neue Instanz als Begräbnisort für unangenehme Fragen ausgefacht sei und tatsächlich konnte die Hilfsarbeiterfrage im Deutschen Buchdrucker-Verein bisher weder leben noch sterben. Bedenkt man aber andererseits, daß gerade der „Zickackkurs“, wie der „Korrespondent“ das Verhalten der Prinzipale nennt, es nur gewesen sein kann, der die ausgiebige Debatte in Metz hervorrief, dann kann die Hoffnung berechtigt sein, daß eine klare Entscheidung ohne irgend welche Winkelzüge angestrebt wird. Dies um so eher, weil, wie die „Zeitschrift“ bekundet, es bisher gerade an der prinzipiellen Behandlung der einschlägigen Fragen gefehlt hat, und wichtige Debatten der Hauptversammlung mit der Eingartung in die Protokolle einfach ihre Erledigung gefunden haben; während jetzt die beruhigende Gewißheit besteht, daß jedes Debatteergebnis von Bedeutung zur Bearbeitung in dem Tarifberatungsausschuß kommt. Nehmen auch wir diese Tatsache als günstiges Zeichen, so bleibt, wie gesagt, die Frage offen, ob sich die Korporation für oder gegen die weitere Ausbreitung der Tarifgemeinschaft mit der Hilfsarbeiterschaft entscheiden wird. Für den Ausfall der Entscheidung dürften, vorausgesetzt, daß keinerlei Direktiven die Arbeiten des Ausschusses beeinflussen, die verschiedensten Momente von ausschlaggebender Bedeutung sein. Vor allem dürfte

die Zusammensetzung des Tarifberatungsausschusses nicht ganz ohne Einfluß auf die Behandlung der Frage selbst sein. Wissen wir doch, daß sehr häufig bei der Erledigung unserer Tariffragen die Haltung einzelner Prinzipale für den Verlauf der Dinge von maßgebender Bedeutung waren. Es sind Fälle vorgekommen, wo die Leiter der örtlichen Prinzipalsorganisationen, mit denen die Vertreter der Hilfsarbeiter über die Einführung des Tarifes zu verhandeln hatten, selbst gar kein Hilfspersonal beschäftigten und aus diesem Grunde die Notwendigkeit einer Tarifierung der Hilfsarbeiterverhältnisse nicht einsehen konnten und der Sache völlig weltfremd gegenüberstanden. Kamen diese dann in ihren Versammlungen und Sitzungen auf die Angelegenheit zu sprechen und berichteten, daß sie die Wünsche der Hilfsarbeiter als nicht berechtigt zurückgewiesen haben, dann konnten sie der Zustimmung ihrer Kollegen, namentlich derer, denen die Geschichte unter Umständen etwas hätte kosten können, sicher sein. Diese konnten sich ja keine besseren und geeigneteren Vertreter wünschen und hatten um so mehr Veranlassung, wenn ihr Personal an sie herantrat, dieses auf den Weg zur Prinzipalsorganisation zu verweisen. Aber auch das umgekehrte Verhältnis trat manchmal in Erscheinung. Die Besizer großer Druckereien mit einem größeren Stand von Hilfspersonal haben nicht selten, wenn sie in leitender Stellung über die Tariffrage zu verhandeln und entscheiden hatten, sich lediglich von dem Kostenpunkt, der für ihren Betrieb eine Rolle spielte, leiten lassen. Eine dritte Spezies von Prinzipalsvorstehenden hatten wir vor ganz kurzer Zeit Gelegenheit, kennen zu lernen. Der hat wieder die Gewohnheit, alle Eingaben der Hilfsarbeiterorganisation, ja selbst die der Tarifbehörden, einfach nicht zu beantworten und wenn ihm dann die zur Erledigung stehenden Angelegenheiten mündlich vorgetragen werden, bittet er in der liebenswertesten Weise, ihm die Sache noch einmal schriftlich zu stizzieren, worauf er die Antwort — wieder schuldig bleibt. Mit diesem Fall werden wir uns demnächst noch eingehender zu beschäftigen haben, für heute diene er bloß als ein Beispiel für die mannigfaltige Behandlung wichtiger tariflicher Fragen durch verschiedene Bezirksvereinsleiter des Deutschen Buchdrucker-Vereins. Natürlich müssen wir auch feststellen, daß es auch Orte gibt, in denen die Prinzipalsvertreter in sachlich einwandfreier Weise an die Prüfung und Behandlung solcher Angelegenheiten herantreten, und trotzdem sie in der Regel nicht die schlechtesten Interessenvertreter sind, kommt es in solchen Orten am ehesten zu einer Verständigung. Deshalb dürfen wir u. E. auch die Personenfrage nicht außer Betracht lassen, wenn wir die Chancen der Hilfsarbeiterfrage im Tarifberatungsausschuß des Deutschen Buchdrucker-Vereins erwägen wollen.

Dem Ausschuß gehören 32 Prinzipale aus 30 Druckstädten an. Den Vorsitz führt der zweite Vorsitzende des Hauptvorstandes, Herr Haberland in Leipzig, als dessen Stellvertreter fungiert Herr Völl in Berlin. Von den 32 Mitgliedern sind 11

aus 9 Orten, in denen Hilfsarbeitertarife bestehen, darunter 3 aus Berlin. In dem der Hauptversammlung vorgelegten Tätigkeitsbericht des Zentralvorstandes wird nun ausgeführt, daß

„aus Städten, in denen Tarife auf Grund der „Allgemeinen Bestimmungen“ bestehen, im allgemeinen befriedigende Äußerungen vorliegen. Straßburg findet nur die Löhne etwas zu hoch, wozu zu bemerken wäre, daß die Löhne nicht durch die „Allgemeinen Bestimmungen“, sondern örtlich geregelt werden. Halle setzt hinzu, daß wegen des häufigen Berufswechsels, namentlich der Arbeiterinnen, die ordentliche Einhaltung des Tarifes zu wünschen übrig lasse. Königsberg beklagt, daß der Mangel an weiblichem Hilfspersonal durch den Tarif nicht behoben worden sei. Hamburg bemerkt, daß man dem Bestehen des Tarifes kein besonderes Gewicht beilege.“

Es ist demnach anzunehmen, daß jene Ausschußmitglieder, die mit den bestehenden Hilfsarbeitertarifen schon Erfahrungen hinter sich haben, welche nach obigen Auslassungen keine schlechten sein können, durchaus für die Erweiterung der Tarifgemeinschaft eintreten werden. Und das nicht nur aus idealen tarifrechtlichen Anschauungen heraus, sondern in der Hauptsache mit aus praktischen Gründen. Denn es kann dem mit einer Leipziger Firma konkurrierendem Berliner Prinzipal nicht gleichgültig sein, wenn in Leipzig einer Anlegerin 12—14 Mk. bezahlt werden, während das Berliner Minimum für die gleiche Leistung 20 Mk. pro Woche beträgt. Solche Unterschiede finden sich aber überall zwischen Tarif- und Nichttariforten. Wenn es auch nicht möglich ist, die Löhne einheitlich in allen Orten zu gestalten, müßte ein Ausgleich, ähnlich dem im Buchdruckerartik geschaffenen, auch von Prinzipalsseite angestrebt werden. In dieser Beziehung steht zu erwarten, daß jene 11 Ausschußmitglieder in einem der allgemeinen Tarifeinführung günstigen Sinne wirken werden. Von den übrigen sind drei Mitglieder aus Orten, in denen bereits Tarife bestanden haben, die aber infolge des Widerstandes der Prinzipale bisher nicht erneuert werden konnten. Es sind dies Vertreter aus Leipzig, Hannover und Breslau. Obwohl die Haltung der Prinzipale jener Städte hinlänglich bekannt ist, und man sicher annehmen kann, daß die Ursachen der dort herrschenden Tarifabweichung bei den Ausschußberatungen eine Rolle spielen werden, so braucht uns um deren Einwirkung nicht allzu bange sein, sind doch die Gründe, die gegen die Tarifabschlüsse herhalten müssen, ziemlich unbedeutender Natur. Werden nämlich die Vorgänge im Steindruckgewerbe sowie der Einfluß des Schutzverbandes ausgeschaltet, dann besteht wenigstens für Leipzig und Hannover kein stichhaltiger Grund mehr für die bisherige Haltung der Buchdruckerbesther. Denn unbedrängten waren es nur die Scharfmacher des Steindruckgewerbes, welche die ruhige Weiterentwicklung der bereits bestehenden Vereinbarungen gestört haben und bis jetzt noch zu verhindern suchen. Darauf ist auch die oben ver-

merkte Aeußerung aus Hamburg zurückzuführen, wo die Beteiligung der Steinbrückerbesitzer an dem Tarif, dessen Aufbau auf die „Allgemeinen Bestimmungen“ verhinderte und die Abmachungen auf diese Weise der Aussicht sowohl wie der Substanz unserer höchsten Tarifinstanzen entzogen hat.

Was die voraussichtliche Stellungnahme aller anderen Mitglieder des Ausschusses anbelangt, läßt sich schwer eine Vermutung aussprechen. Bekannt ist uns nur Herr Päßler aus Dresden, der sich seinerzeit in der Bekämpfung unserer Tarifbewegung ziemlich hervorgetan hat. Ob inzwischen aus dem Saulus ein Paulus geworden ist, wird die Zeit lehren. Als Maßstab für die allgemeine Stimmung vor der Hauptversammlung kann folgende Stelle aus dem Geschäftsbericht des Vorstandes einigen Anhalt bieten:

„Aus denjenigen Orten, in denen ein Tarif nicht besteht, ist in Einzelfällen mitgeteilt worden, daß ein solcher auch nicht gewünscht werde. Nicht richtig ist aber die zutage getretene Auffassung, als ob die Einführung von Hilfsarbeitertarifen hätte verhindert oder ihr wenigstens entgegengewirkt werden müssen.“

Sollte diese Auffassung nicht schon durch die Verhandlungen in Metz beseitigt oder abgeschwächt worden sein, dann wird man ihr wohl noch in der Kommission zu Leibe rücken müssen, denn ihr fehlt jede Berechtigung, was nunmehr auch von der Leitung des Deutschen Buchdrucker-Vereins zugestanden wird.

Neben der vorgezeichneten persönlichen Einflußnahme der Ausschußmitglieder dürften verschiedene Zahlen eine Rolle bei der Behandlung der Tariffrage spielen. Vor allem die Beschäftigungsziffer. Es ist zwar nicht leicht, in dieser Beziehung genaues und einwandfreies Material zusammenzutragen. Immerhin aber geben die von der Berufsgenossenschaft ermittelten Ziffern einen ganz guten Anhalt für die Zahl der in Buchdruckereien beschäftigten Personen. Nach der berufsgenossenschaftlichen Statistik waren im Jahre 1911 das ganze Jahr hindurch beschäftigt 1301 Setzer- und 19437 Druckerhilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Zusammen also 20738 Personen. Von diesen über 2000 Hilfsarbeitern gehören über 12000, also rund 60 Prozent, unserm Verbands an. In den Tariforten allein haben wir 8400 Mitglieder in Buchdruckereien zu stehen. Rechnen wir nun auch für diese Orte das Organisationsverhältnis mit nur 60 Prozent an, obwohl es, wie z. B. in Berlin, bedeutend höher ist, dann sind in diesen Orten mindestens insgesamt 14000 Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen in tariffreien Druckereien tätig. Sollen nun der restlichen 6000 wegen die bisherigen unheimlichen Differenzen fortbestehen? Es wäre doch auch für die Prinzipalität entschieden richtiger und vorteilhafter, wenn man auch diesen Teil der Verbandsangehörigen in die tariflichen Abmachungen einbeziehen würde, ohne erst die dahingehenden Maßnahmen der Organisation, die nicht ausbleiben werden, abzuwarten. Werden von dem Ausschuß dann noch die Wirkungen des Haftungsvertrages, über den sich der Bericht in nur günstigem Sinne ausläßt, in Berücksichtigung gezogen, dann dürfte wohl für die Tarifgegner sehr wenig Material übrig bleiben, mit dem sie irgendeine entscheidende Einflußnahme auf die künftige Gestaltung der Hilfsarbeiter-Tariffrage ausüben können.

## Von unseren Bruderverbänden im Auslande.

### III.

Die organisatorischen Arbeiten unserer Kollegen und Kolleginnen in Oesterreich zeigten im abgelaufenen Jahre gute Resultate. Die aufgewandten Mühen wurden durch den Erfolg reich belohnt. Von der gut verlaufenen Tarifbewegung in Triest wurden unsere Mitglieder bereits unterrichtet. Trotzdem die männlichen Hilfsarbeiter erst kurze Zeit der Organisation angehörten, kam es doch zu einem günstigen Tarifabschluß. Die vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen behielten Gültigkeit bis zum Ende des laufenden Jahres und verlierten dann zusammen mit dem

bestehenden Tarif der Einlegerinnen ihre Wirksamkeit. Die Kollegen in Oesterreich müssen also zu der bevorstehenden Tarifrevision in diesem Jahre rüsten. Für die Expeditionsarbeiter und Zeitungsaussträger wurden in mehreren Wiener Zeitungen Betriebsstarife abgeschlossen, die wesentliche Verbesserungen brachten. In mehreren anderen Orten erhielten die Hilfsarbeiter durch das Eingreifen der Zentrale und mit Unterstützung der Gehilfen Feuerungszulagen. Ein Zeitungsaussträger tarif kam bei einer Firma in Graz zum Abschluß.

Die Agitation unter den Hilfsarbeitern und -arbeiterinnen in Oesterreich ist oft recht schwierig und stellt an die Funktionäre hohe Anforderungen. Die unorganisierten, meist unter den schlechtesten Verhältnissen arbeitenden Kollegen aufzuklären, ist immer ein schweres Stück Arbeit. Die verdamnte Bedürfnislosigkeit läßt diese Leute nicht recht zum Bewußtsein ihrer traurigen Lage kommen. Darüber klagt auch die Leitung und bemerkt darum, daß für die kommenden Jahre der Agitation mehr Opfer gebracht werden müssen.

In den Provinzdruckorten gibt es für die Zentrale noch ein weites Feld der emigen agitatorischen Arbeit. Der Indifferentismus unter den Buchdruckerei- und Zeitungsdrucker-Hilfsarbeitern ist noch so stark, daß diese Ausgebeneren eigentlich den richtigen Wert der Organisation nicht fassen können, sie wissen noch nicht, daß ihre Lebenslage in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung durch die Organisation gehoben werden kann durch Schaffung von Lohnverträgen und Festschließung der Arbeitszeit. Es kann diesen armen Leuten nicht oft genug gesagt werden, daß der Einzelne dem Unternehmener heute mit seiner ganzen Kraft und Gesundheit schrankenlos ausgeliefert ist.

Daß die Dummheit dieser bedauernswerten Leute zu gerabzu schmachvollen Zuständen geführt hat, läßt der Vorstandsbericht erkennen, indem er sagt:

Der unorganisierte Arbeiter muß sich alle Schlänen und sehr oft moralische und sogar tätliche Beleidigungen gefallen lassen, er hat niemand, an den er sich in seiner Bedrängnis wenden könnte, er muß die ärgsten Demütigungen, die eines Arbeiters unwürdig sind, ertragen, wenn er nicht aufs Pfahler fliegen will, was für einen solchen armen Teufel manchmal lange Arbeitslosigkeit bedeutet, weil derselbe keinen Anspruch auf einen Arbeitsnachweis von seiten der Organisation hat.

Trotz dieses gewiß recht schweren Standes der Organisation in der Provinz ist es doch zur Gründung mehrerer Zahlstellen gekommen. Die Ortsgruppe Brünn hat mit Unterstützung des Verbandsvorstandes in Mähren einen schönen Erfolg zu verzeichnen. Es gelang der Organisation, in fünf Orten festen Fuß zu fassen. Durch Agitationsversammlungen in noch anderen Städten wurde ebenfalls eine Vermehrung des Mitgliederstandes erreicht. Am Schluß des Berichtsjahres hatte der Reichsverein einen Zuwachs von 2376 Mitgliedern erhalten, so daß der Verband jetzt 5714 Mitglieder stark ist. Eine Unterscheidung in männliche und weibliche Mitglieder fehlt leider auch hier. Es wäre ganz interessant, zu erfahren, in welcher Zahl die Kolleginnen organisiert sind.

Auch die finanziellen Erfolge unseres Bruderverbandes in Oesterreich können sich sehen lassen. Die Einnahmen haben sich ganz bedeutend vermehrt. Die Gesamteinnahme sämtlicher Ortsgruppen betrug 154 319,39 Kronen. Auf das Konto der beiden vereinigten Lokalvereine entfallen davon 39 214,35 Kronen. Und doch haben sich die Einnahmen außerordentlich gehoben, wenn man bedenkt, daß sie im Vorjahre nur den Betrag von 69 716,93 Kronen ausmachten.

Durch die erhöhten Einnahmen hat sich die Leistungsfähigkeit des Verbandes gesteigert. Jeder Erfolg, und nicht zuletzt der finanzielle, kommt, wie es ja auch gar nicht anders sein kann, immer wieder den Mitgliedern zugute. Das zeigt sich bei den Ausgaben in den Ortsgruppen, die zusammen die ansehnliche Summe von 146 455,15 Kronen ausmachten, gegen 63 797,72 Kronen im Vorjahr.

Der Reichsverein zahlt Arbeitslosen-, Kranken- und Reiseunterstützung und außerdem ein Sterbegeld. Die größte Ausgabe hat die Krankenunterstützung verursacht.

Ein richtiges Bild von dem Vermögensverhältnis des Verbandes bekommt man erst, wenn man die Abrechnung der Hauptkasse betrachtet, an die die Ueberschüsse aus den Ortsgruppen abgeführt werden müssen. Sie betragen im Berichtsjahre, unter den ordentlichen Ausgaben gebucht, 79 676,79 Kronen und ergaben mit noch anderen Einnahmen der Zentrale (Zinsen, Abbonnements) zusammen 83 464,14 Kronen. Werden hiervon die Ausgaben der Zentrale, das sind hauptsächlich die Agitations- und Verwaltungskosten, abgezogen, nämlich 31 451,59 Kronen, so bleibt ein nettes Plus von 52 012,55 Kronen in der Hauptkasse. „Mit Befriedigung können wir auch diesmal auf das abgelaufene Berichtsjahr zurückblicken“, schreibt die Zentrale im Jahresbericht. Das Vermögen des Verbandes beträgt 111 755,41 Kronen.

Nach ihrem Arbeitsverdienst und ihrem Beruf zahlen die Mitglieder in verschiedene Beitragsklassen. Die dritte Klasse wurde erst im vergangenen Jahre eingerichtet. Die Unterstützungen sind nach der Beitragszahlung abgestuft. Den Mitgliedern wird also auch auf eine höhere Beitragsleistung eine höhere Unterstützung gewährleistet, um allen Ansprüchen Rechnung zu tragen.

Ueber angenehme Dinge berichtet man gern. Ein schöner Erfolg ermutigt, erfüllt mit Arbeitsfreudigkeit, denn er sagt, daß der eingeschlagene Weg der richtige ist. Die schwere Organisationsarbeit wird leichter. Ein Jeder ist freudig am Werke. Es geht rüstig vorwärts bei einem Teil unserer Berufsgenossen in Oesterreich. Die günstigen Resultate im abgelaufenen Geschäftsjahre berechtigen zu den besten Hoffnungen. Das sie bald erfüllt werden, wünschen auch wir.

## Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1912.

### II.

Die Tätigkeit der Kartelle erstreckt sich auf die Förderung der Gewerkschaftsagitation der Erziehungs- und Bildungsarbeit, auf die Rechtsbelehrung und Rechtshilfe, auf die Förderung des Arbeiterkampfes, auf die Herbeiführung einer guten Interessenvertretung der Arbeiter bei Wahlen zu sozialpolitischen Körperschaften und im Bedarfsfalle auf die Mitwirkung bei Unterstützungsaktionen der Gewerkschaften.

In bezug auf die Förderung der Gewerkschaftsagitation ergibt die Statistik des Berichtsjahres leider keine völlig befriedigenden Resultate. Es wurden von den Kartellen 328 Versammlungen veranstaltet. Referentennachweise bestanden an 52 Orten. Die Gesamtzahl der statistischen Erhebungen betrug 114, davon entfielen auf Arbeitslosenzählungen 27. Vergleicht man diese Ergebnisse mit denen früherer Jahre, so zeigt es sich, daß die Kartelle sich von ihrem urreichsten Gebiet, die Förderung der Gewerkschaftsagitation, immer mehr und mehr zurückdrängen lassen und darauf eine geringere Tätigkeit entfallen. Gegen das Jahr 1905 wurden 382 Versammlungen weniger abgehalten und die Zahl der Erhebungen hat sich um 17 vermindert. Wobei noch zu berücksichtigen ist, daß seit 1905 der Kartellbestand sich von 465 auf 717 vermehrt hat. Etwas besser sieht es hinsichtlich der Arbeiterinnenagitation aus; die Zahl der hierfür eingesetzten Vertrauenspersonen und Agitationskommissionen stieg von 62 auf 101, hielt also wenigstens mit der Vermehrung der Kartelle Schritt. Aber noch immer entbehrten über 80 Prozent der Kartelle solcher Einrichtungen. Dagegen wurde der Lokal- und Herbergsfrage erhebliche gesteigerte Aufmerksamkeit zugewendet. Es wurden 1912 unterhalten 29 Versammlungssäle und 77 Gewerkschaftshäuser. Unter der Kontrolle der Kartelle stehen 349 Herbergen bei Gastwirten und 36 Kartelle haben Herbergen in eigener Regie. 1905 waren insgesamt 395 solcher Einrichtungen vorhanden, vor allem stieg die Zahl der Gewerkschaftshäuser um das Dreifache. Der

hohe Wert der Gewerkschaftshäuser für die Gewerkschaften und ihre Wirksamkeit am Orte soll keineswegs unterschätzt werden. Wo es an ausreichenden Versammlungsräumen fehlt und solche auch durch Kämpfe nicht zu erlangen sind, da bleibt den Gewerkschaften schließlich nichts anderes übrig, als selbst für solche zu sorgen. Doch sollte an die Errichtung eigener Gewerkschaftshäuser mit großer Vorsicht herangegangen werden, da diese Gründungen hohe finanzielle Anforderungen an die Gewerkschaften stellen und die eigene Regie häufig eine Quelle zahlloser Mißbelästigungen bietet, deren Ausstrahlung in Gewerkschaftskreisen der Agitation nicht förderlich ist.

Für die Bildungs- und Erziehungsarbeit der Kartelle kommt, soweit sie nicht aus der Agitation selbst bestritten wird, die Unterhaltung von Bibliotheken und Lesezimmern, die Einrichtung von Unterrichtskursen sowie die Einsetzung von Bildungsausschüssen und Jugendkommissionen in Betracht. Vergleichen wir auch hier, was die Kartelle auf diesem Gebiet früher leisteten und was sie heute leisten, so zeigt sich hier ein ganz eminenten Fortschritt.

Es hatten von den Gewerkschaftskartellen im Jahre

	1905	1910	1912
Gemeinsame Bibliotheken	262	496	581
Lesezimmer	39	71	98
Bildungsausschüsse	—	292	429
Jugendkommissionen	—	293	415

Die Zahl der Bibliotheken und Lesezimmer ist in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt worden. Daneben wurde, gewissermaßen als Neuland, die Bildungsorganisation und Jugendpflege systematisch in Angriff genommen und aus dem Nichts über 400 Bildungsausschüsse und Jugendkommissionen geschaffen. Ein weitverzweigtes Netz von Institutionen der Volksbildung, zum Teil mit besoldeten Sekretären ist heute vorhanden und wenn die Statistik auch über die Zahl der von diesen Einrichtungen ausgehenden Veranstaltungen und Kurse keine Auskunft gibt, so ist doch an ihrer fruchtbringenden Tätigkeit nicht zu zweifeln. Schon die kräftigsten Bemühungen und immensen Aufwendungen für die nationalpolitische Jugendfürsorge und der gehässige Kampf, der gegen unsere Jugendbewegung geführt wird, lassen erkennen, wie unsere Gegner diese Wirksamkeit einschätzen.

Auf dem Gebiete der Rechtsbelehrung und Rechtshilfe ist das Wirken der Gewerkschaftskartelle mustergültig geworden. Es bestanden: 1912: 106 Arbeiterssekretariate und 212 Auskunftsbüros. Ueber die Tätigkeit dieser Institutionen wird später in einer besonderen Statistik berichtet werden.

Für die Förderung des Arbeiterschutzes, der ja auch die vorerwähnten Rechtshilfeeinrichtungen in nicht geringem Umfange dienen, hat ein Teil der Kartelle besondere Kommissionen für die Vermittlung von Beschwerden an die Gewerbeinspektion für Bekämpfung des Kost- und Logiszwanges beim Arbeitgeber und für Bauarbeiter-schutz eingeführt. Mit Ausnahme der letzteren zeigt sich aber auf diesem Gebiete ein Rückschritt, der besonders hinsichtlich der Bekämpfung des Kost- und Logiszwanges augenfällig ist. Es bestanden nämlich bei den Kartellen:

	1905	1910	1912
Kommissionen für Beschwerden an Gewerbeinspektionen	149	139	183
Bekämpfung des Kost- und Logiszwanges	129	48	42
Bauarbeiter-schutz	195	228	257

Der Rückgang der Beschwerdekommisionen könnte durch die Zunahme der Arbeiterssekretariate hinreichend erklärt werden; dies trifft indes für das fast völlige Verschwinden der Kost- und Logiszkommisionen nicht zu und es ist nur zu bedauern, daß das Interesse der Kartelle für diese Aufgabe so geschwunden ist, denn sicherlich bleibt auf diesem Felde noch genug zu tun übrig. Wenn die Zahl der Bauarbeiter-schutzkommissionen mit der Zunahme der Zahl der Kartelle nicht gleichen Schritt gehalten hat, so hat dies weniger zu bedeuten, da hier die Bezirksleitung die Lücken an einzelnen Orten ausfüllt.

Ueber die Beteiligung der Gewerkschaftskartelle an Arbeitervertreterwahlen besagt die

Statistik, daß 288 Kartelle (1910 gleich 264, 1905 gleich 175) im Berichtsjahre für diese Zwecke Aufwendungen finanzieller Art zu machen hatten. Es liegt auf der Hand, daß sich die Wirksamkeit der Kartelle für diese Aufgabe nicht in der Ausgabe von Geldmitteln erschöpft, sondern daß ein erhebliches Maß von Agitationsarbeit damit verbunden ist, und zwar dürfte dies unterschätzlos alle Kartelle treffen, wenn auch nicht in jedem Jahre Arbeitervertreterwahlen durchzuführen sind.

Angefaßt der Steigerung der Arbeiten der Kartelle auf einer Reihe von Gebieten hat sich in vielen Städten bereits die Errichtung besonderer Gewerkschaftsbüros mit besoldeten Kräften notwendig gemacht. Im Berichtsjahre waren 20 solcher Büros (1910: 18, 1905: 6) vorhanden, während in den meisten Städten die Arbeitersekretariate zugleich die Verwaltungsarbeiten der Kartelle übernehmen.

## Korrespondenzen.

**Berlin.** Mitgliederversammlung am 25. Juni. Nach Berlesung und Annahme des Protokolls vom 28. Mai teilte der Vorsitzende das Ableben der Kollegen Feidler, Kollwosch und Wendler mit. Die Versammlung ehrte die Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Die am 4. Juni stattgefundene Vertrauenspersonen-Sitzung erklärte sich im Prinzip für die Einfrierung der Beiträge zur „Volksfürsorge“ durch die Organisation und deren Funktionäre. Die Versammlung stimmte dem Antrag ohne Diskussion zu. Von den Reisespartakaren für die Buchgewerbe-Ausstellung in Leipzig sind schon ein Teil verusgabt, aber noch nicht die notwendige Zahl von 230 für den Extrazug. Die Mitglieder werden ersucht, sich rege daran zu beteiligen. Für die Nachbarbeiter soll versucht werden, wenn die Beteiligung eine genügende wird, einen zweiten Extrazug zu nehmen, der eventuell an einem Sonntag Mittag von Berlin abfährt und Montag Mittag zurück kommt. Die Statistikkarten sind noch nicht aus allen Firmen eingelaufen; die Ablieferung muß bis spätestens 4. Juli erfolgen. Der Vorstand beantragte den Ausschluß der Mitglieder Bruno Held, Leiber und Hermann Reinte, da durch ihr Verhalten es unmöglich ist, ihnen noch Stellung durch den paritätischen Arbeitsnachweis zu vermitteln. Die Versammlung beschloß nach kurzer Debatte den Ausschluß von Leiber und Reinte einstimmig und des Held gegen einige Stimmen. Am 23. Juni fanden die Wahlen zum Ausschuß der Gewerkschaftskommission statt. Der Kollege Baumgarten wurde als Vertreter des Graphischen Gewerbes auf ein Jahr wiedergewählt. Der Bericht über die Tätigkeit dieser Korporation wurde zuridgestellt. Eine Anfrage, wann die seinerzeit beantragte Versammlung, die zur tariflichen Lage Stellung nehmen soll, stattfindet, wurde dahingehend beantwortet, daß erst die Statistik fertig sein muß, um das notwendige Material zu haben, und die Sommermonate mit ihrem schwachen Versammlungsbetrieb sich hierzu nicht eignen. Kollegin Gertrud Hanna hielt sodann einen interessanten, mit großem Beifall aufgenommenen 14 stündigen Vortrag über die neugegründete „Volksfürsorge“. Das Material zur Agitation für die Versicherung wird in nächster Woche ausgegeben. In den Vorstand wurde, da alle vorgeschlagenen Kolleginnen ablehnten, der Kollege Breßhina gegen einige Stimmen gewählt. Eine Anfrage des Kollegen Fuß, betreffend die Kattation im Buchdruckgewerbe, rief eine längere Diskussion hervor und endete schließlich mit der Annahme eines Antrags Dehmel, daß im August eine Sonntagsversammlung abzuhalten sei, und in derselben die augenblickliche Lage im Beruf behandelt werden soll. (Eingez. 5. 7.)

**Hamburg.** Versammlung am 28. Juni. Unter „Tarifliches“ führt der Kollege Band einige Vorkommnisse an, die sich in den letzten beiden Jahren unseres Tariflebens abgespielt haben. Es hätte eine Reihe von Kollegen und Kolleginnen in einzelnen Geschäften Kundigungen vorgekommen, die der Vorstand nicht auf heißen könne und die zur Schädigung der Gesamtheit der Kollegen auszufragen müßten. Ein letzter Fall, in dem 16 Kollegen und Kolleginnen bei einer größeren Firma wegen einer unbegründeten Sache die Kündigung eingereicht hätten, gebe dem Vorstand besonders Veranlassung, die Kollegen auf das Unsinntige ihres Handelns und auf die Konsequenzen, die sich für die Betroffenen daraus ergeben könnten, aufmerksam zu machen. Die Kollegen und Kolleginnen hätten in all diesen Fällen keine Unterstützung vom Verband zu erwarten, müßten also persönlich ihr Vorgehen tragen. Habe man einmal sich einen Tarif geschnitten, so müsse

man sich auch unter die Gehege des Tarifses fügen. Es stände der Kollegen ja frei, bei ebenf. Tarifänderung ihr Veto über eine Annahme zur Abschließung eines Tarifses einzulegen. Da man nun aber einen Tarif habe, möge man sich auch mit diesem in Zukunft mehr beschäftigen, denn die letzten Vorkommnisse zeigen, daß unsere Kollegen sich noch recht in Unkenntnis über den Tarif sei. Die Kollegen und Kolleginnen müßten die Versammlungen mehr besuchen und unsere Zeitung mehr verfolgen. Es stände auch allen Mitgliedern frei, sich an unserem Diskussionsabend zu beteiligen, in denen ihnen Aufklärung über Tarif- und Verbandsleben gegeben würde. Redner erinnert sodann noch an den Fall von Kaufmann und meint, daß das Tarifamt bei uns kaum anders entscheiden würde. Die Diskussion war eine recht rege, in der der Kollege Neben besonders noch auf den letzten Abschluß unseres Tarifses zur Sprache kam und bemerkte, daß man jetzt die Schattenseiten des ihnen so geliebten Tarifses zu fühlen beläme. Kollege Lohse ergänzte zum Schluß noch die Ausführungen des Kollegen Band und wies die Angriffe, die auf den Tarif gemacht wurden, zurück. Lohse hob dann unter anderem noch hervor, daß jetzt die Einstellungsstöße bei der Firma Auer u. Comp. (Hamburger Echo) gegenüber den Privatgeschäften und selbst gegenüber der Firma Kaufmann bedeutend bessere seien. Die Firma Auer zahle jetzt bei Einstellung 1 M. über den Tarif und gebe nach einer Beschäftigung von vier Wochen wiederum 1 M. Zulage. Alle Hilfsarbeiter, die ein halbes Jahr bei Auer beschäftigt sind, erhalten eine Aufbesserung von 1.50 M., so daß jetzt der Tariflohn nach einer Beschäftigung von einem halben Jahr um 3.50 M. überschritten ist. Wir können nur wünschen, andere Prinzipale möchten ebenfalls so einseitig sein und die teuren Lebensverhältnisse in Rücksicht ziehen und dem Hilfspersonal auch in der Tarifperiode eine Aufbesserung zuteil werden lassen. — Kollege Sellge macht des Weiteren auf unseren diesjährigen Gantag aufmerksam. Derselbe findet in Bremen Anfang September statt. Anträge zu diesem sind an den Vorstand schriftlich einzureichen. Als Delegierte werden die Kollegen Reefe, Kirchner und Sellge gewählt. Für den ausweichenden 1. Schriftführer, Kollegen Täubrich, wählte die Versammlung den Kollegen Carl Hohm. Sodann erinnerte Sellge an den Beschluß der Februar-Versammlung, wonach die männlichen Mitglieder 2 M. und die weiblichen 1 M. zum Saalbau innerhalb zwei Jahre ertra zu steuern haben. Da nun die erste Rate am 1. Juli fällig ist, empfiehlt der Vorstand folgende Regelung zur Zahlung dieses Extrabeitrags: Die männlichen Mitglieder zahlen pro Quartal 25 Pf. und die weiblichen 10 Pf. Dieser Vorschlag fand einstimmige Annahme. Da die „Volksfürsorge“ am 1. Juli ihre Tätigkeit beginnt, warnet Sellge die Mitglieder vor einem Austritt aus den Privatversicherungen, auf jeden Fall solle man sich erst Erkundigungen bei der Volksversicherung einholen. Lohse gab zum Schluß bekannt, daß über die Waren der Firmen Heerman u. Co., Pflanzenbutter- und Oelfabrik in Billwärd, sowie über die Mühlraffinerie und Seifenfabrik von M. C. Schümann, Hamburg, Kelerstraße, und Vogelreth, Kleiner Grasbrod, der Boykot verhängt worden sei. Die Mitglieder werden ersucht, Waren von diesen Firmen nicht zu kaufen. (Eingez. 8. 7.)

**Wurzen b. Leipzig.** Unter noch recht ungünstigen Umständen haben unsere Wurzer Mitglieder, die Steinbrücker-Silfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen der Kartonagenfabrik Zimmermann u. Breiter in Wurzen ihren Daseinskampf zu fristen. Seit November 1910 ist für die Kartonagenfabrik mit über 300 Personen ein Tarif abgeschlossen, welcher bis zum 31. Oktober 1914 Gültigkeit hat. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 56½ Stunden. Als Entlohnung sind Afford- und Stundenlöhne vereinbart, wie solche laut Arbeitsordnung bereits üblich waren. Von diesen hier geschilderten Geschäftseinrichtungen wird auch unsere Kollegenchaft nachteilig betroffen, während die Steinbrückergehilfen die mit dem Schutzverband abgeschlossenen Bestimmungen bezüglich der Arbeitszeit und Feiertagsbezahlung genießen. Seit September 1911 hat auch unsere Kollegenchaft die Gleichstellung mit den Steinbrücker bezüglich der Allgemeinen Bestimmungen angestrebt, wogegen sich die Firma aber bisher ablehnend verhielt. Sie beruft sich dabei auf die Kartonagenfabrik und die örtlichen Industrieverhältnisse. Unsere Anträge vom 16. Juni 1913 verfuhrte die Firma dadurch auszuweichen, daß der Drucker-Silfsarbeiter-Verein am 1. Juli eine weitere Lohnerhöhung über den Kartonagenarbeiter-Tarif hinaus bewilligt wurde. — Die Mitgliederversammlung am 1. Juli beschloß nach kurzer Diskussion, den Gantagsrat zu beauf-

tragen, für die Reinigung der Bronzermaschinen eine Entschädigung zu vereinbaren und die erzielte Lohnerhöhung zu akzeptieren. Die übrigen Anträge werden bis zur Tarifrenewierung der Kartonnagenabteilung im Oktober 1914 vertagt. Die Lohnerhältnisse der Burzner Kollegenschaft gestalsten sich zurzeit folgendermaßen: Tafelarbeiterinnen ab 1. Juli 1913 Anfangslohn 13 1/2 Pf., steigend in einem Jahre auf 17 Pf. pro Stunde, gleich einem Wochenverdienst von 7,63 Mk., steigend auf 9,60 Mk. Anlegerinnen nach einem Jahre 10,73 Mk. Steindruck-Anlegerinnen nach einem Jahre 11,86 Mk. oder 19 resp. 21 Pf. Stundenlohn bei 36 1/2 stündiger Arbeitszeit. Hilfsarbeiter von 17 bis 20 Jahren 16—18 Mk. Lohn, über 20 Jahre je einer 22 Mk., 23—24 und 25 Mk. Bei Gründung der Filiale Burzen im Juli 1910 erhielten die Anlegerinnen und Anlegerinnen noch 15 resp. 17 Pf. pro Stunde, die Steinchleifer und Transporteure 19—23 Mk. An der letzten Lohnerhöhung sind 26 Kolleginnen und 8 Kollegen beteiligt. Die vertagten Forderungen werden solange wiederkehren, bis die Firma ihren unbedingten Widerstand aufgibt. (Eingeg. 7. 7.)

## Rundschau.

Einem schweren Unfall erlitt ein Kollege bei der Firma Jovishoff in Halle. Ihm wurden durch einen großen Lithographiestein drei Finger der linken Hand abgeschlagen, als er den umfallenden Stein halten wollte. Der Verunglückte mußte in ein Krankenhaus überführt werden.

**Inhaltsverzeichnis des „Grundstein“.** Zu den Gewerkschaftsblättern, die in den letzten Jahren ihr 25-jähriges Bestehen feiern konnten, gesellt sich nun auch der „Grundstein“, das Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes. Am 1. Juli 1888 erschien seine erste Nummer. Schon 1875 wurde vom Maurer- und Steinhauerbund ein Blatt unter dem gleichen Titel herausgegeben. Es fand jedoch nicht genügend Leser, und als 1878 das Sozialistengesetz erlassen wurde, stellte es sein Erscheinen ein, ohne erst das polizeiliche Verbot abzuwarten. 1884 schufen die Maurer den „Bauhandwerker“ als ihr gemeinsames Organ. Nach dem Titel war der „Bauhandwerker“ Eigentum der Maurer Verkins und in deren Auftrag herausgegeben. Als Gegner der Zentralisationsbestrebungen, die von Hamburg aus gingen, trug der „Bauhandwerker“ viel zur Zerspaltung der deutschen Maurerbewegung bei. Darum gab die Organisationskommission der Maurer Deutschlands, die ihren Sitz in Hamburg hatte, nach dem polizeilichen Verbot des „Bauhandwerkers“ am 4. Juli 1887 den „Neuen Bauhandwerker“ heraus, der 1887 auch als offizielles Organ der deutschen Maurer anerkannt wurde. Das Blatt, das unter der geistigen Leitung von Karl Frohne stand, suchte die Arbeiterbewegung im allgemeinen und die Maurerbewegung im besonderen zu fördern und wirkte mit großem Erfolge für die Schaffung eines über ganz Deutschland ausgedehnten Zentralverbandes. Am 12. Juni 1888 wurde auch dieses Blatt von der Hamburger Polizeibehörde verboten. Als sein Nachfolger trat schon 14 Tage später der heutige „Grundstein“ auf den Plan, der unter Frohnes Leitung die vom „Bauhandwerker“ begonnene Tätigkeit fortsetzte.

Als im Jahre 1891 der Zentralverband der Maurer Deutschlands gegründet wurde, machte man den „Grundstein“ zum offiziellen Organ, das er dann fast 20 Jahre lang blieb, um 1911 bei Schaffung des Deutschen Bauarbeiterverbandes dessen Organ zu werden. In dieser Zeit hat der „Grundstein“ dauernd für die Interessen der Maurer und der Bauarbeiter gewirkt. Mit großer Schärfe hat er die polizeiliche und gesetzliche Unterdrückung der aufstrebenden Arbeiterschaft gequält und das Verhalten der arbeitgeberfeindlichen Unternehmer kritisiert.

Die Jubiläumnummer des „Grundstein“ erscheint, 16 Seiten stark, im festlichen Kleide. Stimmlich haben für würdige Ausstattung gesorgt und alte, wie junge Redakteure lieferten Textbeiträge. Den Schluß bilden Artikel über die Bauarbeiter-Internationale und ihre Presse, welche letztere in einem Bilde dargestellt wird.

Ist ein Streikvermerk ein Entlassungszeugnis zulässig? Diese Frage hatte kürzlich das Leipziger Landgericht als Berufungsinstanz zu entscheiden. Ein Dreher hatte beim Ausbruch des Streiks in der Fabrik, wo er arbeitete, von seinem Arbeitgeber ein Zeugnis über Führung und Leistungen verlangt. Die Firma bescheinigte ihm am 5. Oktober 1912, daß er „vom 29. Mai bis heute, wo er mit dem größten Teile der Arbeiterschaft in den

Ausstand getreten ist“, als Dreher in ihrem Dienst stand und sie mit seiner Führung zufrieden gewesen sei. Der Dreher erhob gegen die Zulässigkeit des Satzes, in dem vom Ausstände die Rede war, Klage beim Gewerbegericht zu Burzen. Das wies ihn aber mit der Klage ab. Das Landgericht Leipzig erob das Urteil des Gewerbegerichts auf: teilte die beklagte Firma zur Aufstellung eines neuen Zeugnisses unter Fortlassung des beanstandeten Satzes. Die Urteilsbegründung sagt inhaltlich ungefähr folgendes: Es sei wohl zulässig, den Grund der Aufgabe des Arbeitsverhältnisses in das Zeugnis aufzunehmen, wenn daraus Rückschlüsse auf die Führung des Arbeiters gezogen werden können oder der Arbeitgeber einen besonderen Schaden davon gehabt habe. Das treffe hier aber nicht zu. Der Streik habe mit der Führung des Arbeiters während des Arbeitsverhältnisses nichts zu tun. Der Streik sei ein gesetzlich erlaubtes Mittel und der dem Arbeitgeber dadurch entstehende Schaden sei über den allgemeinen Streikschaden nicht hinausgegangen. Auch liege hier kein Kontraktbruch vor, da der Arbeiter ordnungsgemäß seine Arbeitsstelle verlassen habe. Der Arbeiter verdiene daher nicht den Tadel, der in dem angefochtenen Satz zum Ausdruck komme und das Zeugnis über Führung sei infolgedessen objektivamente richtig. Hier tritt also der relativ seltene Fall ein, daß die Rechtsprechung des Gewerbegerichts eine treffende Korrektur durch das Landgericht erfährt.

**Deutsch.** Die „Buchdrucker-Woche“ gibt aus einer Hofenheimer Lokalzeitung folgendes Referat wieder: „Diejenigen Leute hiesiger Stadt, die ihr ungewaschenes Maul über meine Person spazierenführen, seien jetzt gewarnt. Ich werde den Urheber der sauberen Lebensart nicht gerichtlich verklagen; aber wenn er seine gottserbärmliche Zunge nicht im Zaum hält, werde ich ihm bei erster Gelegenheit eine solche Mordstrummkwatschen herunterhauen, daß er drei Tage im Galopp läuft. Deutscher kann ich nicht werden. Achtungsvoll (!) S. . . H. . . , Detonom in S. . .“

Wenn du einen Arbeiter murren hörst über die Zahlung von hohen Beiträgen an seine Gewerkschaft, zu seinem eigenen Schutz, dann kannst du überzeugt sein, daß dieser Mann sein eigenes Interesse nicht versteht, und daß er nicht ein Wort verlieren würde, wenn sein „Arbeitgeber“ zehn Prozent vom Lohne abziehen würde. Arbeiter, die nicht willens sind, eine Kleinigkeit für ihr eigenes Wohl beizusteuern, finden sich gezwungen, große Beiträge zum Besten ihrer Bedrücker zu zahlen.

## Gingegangene Druckschriften.

Komme zu uns! Ein Bedruf an die junge Arbeiterin. Von Luise Fieß. Mit einer Reproduktion des Bildes: „Die junge Bergarbeiterin“ von Meunier und einem Gedichte: „Die Arbeit“ von Emma Döhl, herausgegeben von der Zentralfstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands. Zu beziehen durch die Buchhandlung Vorwärts in Berlin SW 68. Preis 20 Pf.

Die Verfasserin weiß in einer dem Empfindungs- und Auffassungsvermögen der jungen Arbeiterin angepaßten Form die Aufgaben der proletarischen Jugendbewegung darzustellen und die junge Leserin für die Kulturbewegung der jungen Arbeiterschaft zu begeistern.

Die weiteste Verbreitung dieser wirkungsvollen Agitationschrift unserer Jugendbewegung ist um so wünschenswerter, da die bürgerlichen „Jugendpfleger“ mit Hilfe des Geldes der Steuerzahler für ihre unehrlichen und arbeitgeberfeindlichen Bestrebungen neuerdings auch die weibliche Jugend der Arbeiterschaft einzufangen trachten.

Für die Agitation ist von der Schrift eine besondere Ausgabe hergestellt worden, von der 1000 Exemplare 10 Mark kosten.

## Abrechnungen.

Das zweite Quartal haben in dieser Woche abgerechnet:

- Gau 2: Darmstadt 165,90 Mk.
- Gau 6: Altenburg 243,22, Gera 77,40, Grimma 39,65 Mk.
- Gau 7: Breslau 648,78, Briege 20,72, Elbing 6,53, Grünberg 18,97, Kolberg 42,37, Stettin 546,50 Mk.
- Gau 9: Bielefeld 30,28, Hildesheim 15,35 Mark.

S. Lodaht.

Am 2. Juli verstarb nach längerem Krankenunser Mitglied

**Otto Groß**

(Firma Dsc. Brandstetter)

im Alter von 19 Jahren.

Ein bleibendes Andenken bewahrt ihn: die Mitgliedschaft Leipzig.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

## Bahnhalle Leipzig.

Sonntag, den 3. August 1913, im Schützenhaus „Sellershausen“

# Großes Sommer- und Kinder-Fest.

Nachmittags 1/2 3 Uhr Festzug mit Musik vom Gerichtsweg nach dem Festlokal.

Festkarte im Vorverkauf 20 Pfennig, an der Kasse 30 Pfennig

Kinder von Mitgliedern sind frei . . . Gastkinder à 20 Pfennig

(Näheres siehe Programm)

Zu recht reger Beteiligung ladet ein

Der Fest-Ausschuß.

Am Mittwoch den 16. Juli 1913, abends 3/4 8 Uhr

## Funktionär-Sitzung

im Saale des „Brandenburger Hof“, Mittelfstraße 11.

Montag, den 21. Juli 1913, abends 1/2 7 Uhr, im Saale des „Pantheon“, Dresdenerstraße 20

## Mitglieder-Versammlung

(Tagesordnung im Handzettel)

Der Vorstand.



